

Niederschrift

über die 6. Sitzung des Ausschusses für Bildung und Soziales der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 29.11.2011, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Einführung und Verpflichtung neuer Ausschussmitglieder
Vorlage: 574/2011
2. Sachstandsbericht zum Integrationsprojekt Gangway
Vorlage: 443/2011
3. Beratung über die Einrichtung einer Sekundarschule
Vorlage: 577/2011
4. Bekanntgabe der Schüleranmeldezahlen für die Eingangsklassen der städtischen Grundschulen zum Schuljahr 2012/2013
Vorlage: 444/2011
5. Einrichtung einer Gesamtschule in den Gemeinden Gangelt und Selfkant
Vorlage: 446/2011
6. Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Herr Dr. Joachim Möhring

Stellvertretende/r Vorsitzende/r

2. Herr Kurt Sybertz

Mitglieder

3. Herr Hans-Jürgen Benden
4. Frau Tanja Bodewig (bis zur Unterbrechung um 20.00 Uhr)
5. Frau Theresia Hensen
6. Herr Dipl. Ing. Stefan Kassel
7. Herr Bernhard Kozikowski
8. Herr Dr. Armin Leon
9. Herr Manfred Schumacher
10. Frau Ruth Thelen

11. Frau Marlis Tings

Stellvertretendes Mitglied

- 12. Herr Herbert Brandt als Vertretung für Frau Birgit Zühlsdorff
- 13. Herr Karl-Peter Conrads als Vertretung für Frau Barbara Slupik
- 14. Herr Dipl. Ing. Johannes Henßen als Vertretung für Herrn Wilfried Kleinen
- 15. Herr Rainer Jansen als Vertretung für Herrn Dieter Körner
- 16. Herr Heinz Kohnen als Vertretung für Frau Luise Röger

Sachkundige/r Einwohner/in

- 17. Frau Renate Schlegel

Sachkundige/r Bürger/in

- 18. Herr Helmut Gerads
- 19. Herr Christoph Grundmann
- 20. Herr Dr. Wilfried Plum
- 21. Frau Florentine Steffens
- 22. Herr Siegfried Winands
- 23. Frau Birgit Zühlsdorff

von der Verwaltung

- 24. Herr Bürgermeister Thomas Fiedler (bis zur Unterbrechung um 20.00 Uhr)
- 25. Herr Beigeordneter Herbert Brunen
- 26. Herr Gort Houben
- 27. Herr Wilfried Schulz

Protokollführer

- 28. Herr Christoph Nilles

Gäste

- 29. Herr Uwe Böken, Schulleiter Anita-Lichtenstein-Gesamtschule
- 30. Herr Horst Ehlers, Diakonie Jülich
- 31. Frau Barbara Kramer, Diakonie Jülich
- 32. Herr Peter Pauli, Schulleiter Städtische Realschule

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring eröffnete um 18.00 Uhr die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden, insbesondere die Gäste und zahlreichen Zuschauer. Er stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest. Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung wurden nicht erhoben.

Auf Grund der zahlreichen Zuschauer schlug er vor, den Tagesordnungspunkt 5 auf die 3. Position vorzuziehen, was allgemein befürwortet wurde.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1 Einführung und Verpflichtung neuer Ausschussmitglieder Vorlage: 574/2011

Herr Dr. Möhring begrüßte die vom Rat als sachkundige Einwohnerin berufene Frau Schlegel und ihre ebenfalls anwesende Vertreterin Frau Horn im Ausschuss. Sie wurden anschließend in feierlicher Form verpflichtet.

TOP 2 Sachstandsbericht zum Integrationsprojekt Gangway
Vorlage: 443/2011

Frau Kramer erläuterte, dass das Projekt Gangway nun ein Jahr alt sei. Sie berichtete mit Hilfe einer Präsentation über die bisherige Arbeit und verwies zudem auf einen ausgeteilten Zeitungsbericht über das Projekt. Beides ist als Anlage der Niederschrift beigelegt.

Stadtverordnete Thelen stellte im Anschluss an den Vortrag zufrieden fest, dass das Projekt sehr gut angelaufen sei, sie hätte nicht mit 20-28 Teilnehmerinnen gerechnet. Auf ihre Nachfrage zur Herkunft der Integrationslotsen teilte Frau Kramer noch mit, dass drei über einen russischen und jeweils einer über einen türkischen bzw. philippinischen Migrationshintergrund verfügen.

Stadtverordneter Sybertz erkundigte sich danach, ob es mit Unterstützung der angeordneten Dolmetscher bereits zu Vereinfachungen bei den Behördengängen gekommen sei. Frau Kramer wies darauf hin, dass die Lotsenschulung jetzt erst beginne, da die Personen erst gewonnen werden mussten. Auf weitere Nachfrage berichtete sie, dass sie über die Vermittlung von Institutionen wie Schulen und Kindertagesstätten aber bereits als Anlaufstelle gut angenommen würde. Herr Dr. Möhring stellte klar, dass die Begleitung zu Behörden später Aufgabe der geschulten Lotsen sei. Zum Ablauf der Schulungen ergänzte Frau Kramer, dass diese in einzelnen Modulen stattfinden und Personen aus den verschiedenen Behörden über die dortigen Aufgaben referieren werden.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Benden teilte Frau Kramer mit, dass sie grundsätzlich mit allen Schulen und Kindertagesstätten zusammenarbeite, in der Praxis hätten sich aber zunächst die Europa-Schule und das AWO-Familienzentrum als Schwerpunkt gezeigt, da dort viele Frauen der Zielgruppe zu finden seien.

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring stellte fest, dass im Rahmen des Projekts bereits viel erreicht wurde und bedankte sich für die Arbeit und die Informationen.

TOP 3 Beratung über die Einrichtung einer Sekundarschule
Vorlage: 577/2011

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring erläuterte eingangs, dass auf Grund des Antrags der SPD der Rat sich bereits mit der Angelegenheit befasst und diese zur weiteren Beratung in den Ausschuss verwiesen habe.

Beigeordneter Brunen ging zunächst noch einmal kurz auf die wesentlichen Aspekte der Schulform Sekundarschule ein. Er berichtete weiter, dass ein gemeinsames Gespräch mit den Fraktionen und den Schulleitern von Real- und Gesamtschule ergeben habe, dass vor der Entscheidung des Rates noch eine Elternbefragung durchgeführt werden solle. Der Entwurf eines entsprechenden Anschreibens mit Fragebogen

und Informationen des Landes zur Sekundarschule läge den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor. Er legte dar, dass die Eltern unverbindlich mitteilen sollten, welche Schulform sie favorisierten und welche Alternative ggf. in Betracht käme.

Unter Hinweis auf die in der Stadt entstandene Unruhe bat Frau Tings Herrn Brunen noch einmal um eine Darstellung des zeitlichen Ablaufs. Beigeordneter Brunen verwies zunächst auf die Rahmenbedingungen, den Schulentwicklungsplan für den Kreis Heinsberg aus dem Jahr 2010, der für Bewegung in der Schullandschaft gesorgt habe, sowie den Schulkonsens in NRW mit der Schaffung der neuen Schulform Sekundarschule. Der Schulentwicklungsplan habe zunächst für Geilenkirchen keine Empfehlungen vorgesehen, aber bereits angedeutet, dass man auf Entwicklungen in den anderen Gemeinden reagieren müsse. Die Gemeinden Selfkant und Gangelt hätten sich nun zur Gründung einer Gesamtschule entschieden, die Schüler dieser Gemeinden hätten bislang einen hohen Anteil an den Schülern der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule ausgemacht. Seit diesem Schuljahr habe zudem auch die neue Gesamtschule in Hückelhoven den Betrieb aufgenommen, was ebenfalls bereits zu einem Rückgang der bisherigen Anmeldezahlen geführt habe. Diese lägen aber immer noch über den Aufnahmekapazitäten.

Die Realschule und die Hauptschulen in Gangelt und Selfkant liefen vor dem Hintergrund dieser Entscheidung aus. Die Kündigung der Beschulungsverträge durch die Stadt Geilenkirchen sei parallel zu den dortigen Entwicklungen erfolgt. Daraus ergäbe sich nun aber die Fragen, wo die bisherigen Hauptschüler langfristig beschult werden könnten und wie das Schulangebot in Geilenkirchen langfristig gestaltet werden müsse, um ein ausreichendes Angebot für alle Schüler vorhalten zu können. Die Verwaltung habe zur Klärung dieser Frage Gespräche mit den verschiedenen zuständigen Stellen der Bezirksregierung geführt. Die Gespräche hätten ergeben, dass das bischöfliche Gymnasium den gymnasialen Bereich gut abdecke und der übrige Bereich mit einer erweiterten Gesamtschule abgedeckt werden könnte.

Stadtverordneter Benden beantragte zunächst für Bündnis 90 / Die Grünen keinen Beschluss zu fassen, da es keinen Sinn mache vor dem Ergebnis der Elternbefragung eine Empfehlung an den Rat zu geben. Er legte dar, dass es sich bei der Frage, wo die Schülerinnen und Schüler künftig beschult werden um die wichtigste Entscheidung des Jahres 2011 handle. Er ging im Weiteren auf die Vor- und Nachteile der verschiedenen Alternativen ein.

Alternative 1 sei der Erhalt der Realschule. Damit gäbe es weiterhin eine Halbtagschule im Angebot und es entstünde kein organisatorischer Aufwand. Wegen der niedrigen Anmeldezahlen sei diese auf Dauer aber nicht überlebensfähig und man hätte auch kein Angebot für die Hauptschüler. Das Angebot der Realschule, diese aufzunehmen, bezeichnete er als nicht realistisch. Nach dem Ende der Erprobungsstufe in Klasse 6 müssten alle Schülerinnen und Schüler, die nicht die erforderlichen Eignung für die Realschule besitzen, die Schule verlassen.

Die 2. Alternative sei das Auslaufen der Realschule und eine erweiterte 6-zügige Gesamtschule. Der Vorteil läge im System der Gesamtschule, die alle Schulformen vereine und ebenfalls mit verhältnismäßig wenig Aufwand umzusetzen sei. Nachteilig wäre, dass es nur noch eine städtische Schule gebe, die zudem auf zwei Standorte

verteilt sei. Es käme zu einer Monopolstellung und es bestünde die Gefahr, dass das Niveau und damit die Akzeptanz bei den Eltern sinken könnten.

Als 3. Alternative käme die Sekundarschule als Ersatz für die Realschule in Frage. Deren Vorteile lägen im Ganztags, im Fördersystem und der Differenzierung, den kleinen Klassen mit 25 Kindern und einer überschaubaren Schulgröße. Nachteilig wäre der hohe Verwaltungsaufwand durch die neue Schulform, sie sei letztlich eine schwächere Gesamtschule ohne Oberstufe. Er bedankt sich in diesem Zusammenhang bei der Verwaltung für die gesamten Planungen und die guten Informationen. Das Problem sei, dass die vom Land geforderte Dreizügigkeit über einen Zeitraum von fünf Jahren hinaus nicht sicher gegeben sei, man könne allerdings auch nicht in die Zukunft schauen, welche Veränderungen sich dort noch ergäben.

Er wies zum Abschluss auf die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hin, die ein gemeinsames Lernen von Schülern mit und ohne Behinderung fordere. Die Schulen würden in Zukunft vermehrt diese Schüler aufnehmen und somit die Schülerzahlen auch steigen. Er bat die Verwaltung daher um die Klärung der Fragen, wie viele Schüler aus Geilenkirchen derzeit an Förderschulen unterrichtet werden und welche ggf. in den nächsten Jahren ausliefen. Diese Informationen sollten dann mit einbezogen und die Frage dann in Ruhe ohne parteipolitisches Geplänkel zum Wohle der Kinder entschieden werden.

Stadtverordneter Sybertz erwähnte, dass viele Eltern bemängelten, nicht gefragt worden zu sein, dies würde nun aber noch erfolgen. In Bezug auf das Gespräch mit den beiden Schulleitern bat er beide noch einmal um einen Bericht im Ausschuss, insbesondere zur Beschulung der bisherigen Hauptschüler und zur fehlenden Mensa am dann zweiten Standort einer Gesamtschule.

Für die Bürgerliste komme die Sekundarschule nach Meinung des Ausschussmitglieds Gerads nicht in Frage, sie sei eine abgespeckte Gesamtschule und mit der existierenden habe man eine gute Gesamtschule. Man sei enttäuscht darüber, dass die verdiente Realschule so kurz abgewickelt werden soll. Er verwies auf die in früheren Jahren an der Realschule existierende Aufbauklasse, die eine Möglichkeit für einen weiteren Bestand einer dreizügigen Realschule darstelle.

Stadtverordneter Kassel griff noch einmal das Problem der Schüler auf, die nach der 6. Klasse nicht weiter an der Realschule beschult werden können und bislang dann an die Hauptschule gewechselt sind. Er bat Herrn Pauli um Auskunft, wie viele Schüler das aktuell sind, von Herrn Böken wollte er wissen, ob an einer vergrößerten Gesamtschule eine bilinguale Klasse möglich sei.

Stadtverordneter Conrads wies darauf hin, dass bei dieser Frage das Wohl der Kinder im Mittelpunkt stehe, die Schule spiele in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Es gehe um die Vor- und Nachteile der verschiedenen Schulsysteme, die zueinander in Konkurrenz stünden. Dabei dürfe man auch die Hauptschule nicht vergessen. Er stellte an die beiden Schulleiter die Frage, wie sich die einzelnen Schulsysteme unterscheiden, wie differenziert werde, welche Abschlüsse vermittelt würden, welcher Abschluss der Normalfall sei und wie viele Schüler dann noch das Abitur machten. Weiter wollte er wissen, ob die Klassenstärke an der Sekundarschule tatsächlich auf 25 Schüler begrenzt sei, welche Unterschiede in den Lehrplänen be-

stunden und welche Fremdsprachen wann angeboten würden. Zum Schluss erkundigte er sich noch, ob bei einem Umzug der Wechsel in ein anderes Schulsystem möglich sei und ob die Schüler, die nach Ende der Erprobungsstufe die Realschule verlassen müssten, zur Gesamtschule wechseln könnten.

Herr Böken beantworte zunächst die Frage nach der Möglichkeit einer bilingualen Klasse. Dazu wäre ein Beschluss der Schulkonferenz erforderlich, im Rahmen einer größeren Zügigkeit wäre dies aber tatsächlich eine Option. Er führte weiter aus, dass die Gesamtschule grundsätzlich den Verbleib eines Kindes bis zur Klasse 10 gewährleiste, da es keine Erprobungsstufe gebe. An der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule würden zunächst die Schüler differenziert unterrichtet, die in Klasse 6 Französisch wählen, ab der Klasse 7 würde in den Fächern Mathematik und Englisch in zwei verschiedene Leistungsniveaus differenziert, wobei Schüler bei entsprechender Entwicklung später jederzeit wechseln könnten. Dies erfolge dann in der Klasse 8 auch noch im Fach Deutsch und in der Klasse 9 für das Fach Physik. Neben Französisch würde im Bereich der Wahlpflichtfächer in Klasse 7 zudem im Fach Naturwissenschaften differenziert.

An der Gesamtschule könnten alle Abschlüsse der Sekundarstufe I erworben werden sowie anschließend noch das Abitur. Die Verteilung zwischen den Abschlüssen schwanke sehr stark in den einzelnen Jahrgängen; kein Schüler habe die Schule bisher aber ohne Abschluss verlassen. Die meisten Schüler mit Fachoberschulreife und Qualifikation für die Oberstufe würden diese dann auch besuchen und machten derzeit etwa die Hälfte der Schüler eines Oberstufenjahrgangs aus, die andere Hälfte seien Schüler aus den umliegenden Realschulen. Diese müssten, da die Gesamtschule sich nicht an G8 beteiligt, auch nicht die 10. Klasse wiederholen. Die Klassenstärke von maximal 25 Schülern gelte nur für Neugründungen, bei bestehenden Schulen sei dies nicht möglich. Die Lehrpläne orientierten sich an den Kernlehrplänen. Als Fremdsprachen würden in Klasse 5 Englisch, in Klasse 6 Französisch, in Klasse 8 Latein und in Klasse 11 Spanisch angeboten.

Der große Vorteil der Gesamtschule läge im gemeinsamen Lernen in der Sekundarstufe I. Nachteile sähe er in der Schulform nicht. Dies würde auch durch die PISA-Studie bestätigt, dort hätten die Staaten gut abgeschnitten, in denen diese Schulmodelle angewandt würden. Laut Landesrecht sei ein Wechsel der Schulform theoretisch bis zur Jahrgangsstufe 8 möglich, praktisch könnten an der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule aber wegen der begrenzten Aufnahmekapazitäten nur sehr wenige Kinder nachträglich aufgenommen werden, wenn z.B. Plätze durch Umzug frei würden.

Er ging noch kurz auf die Sekundarschule ein, die ebenfalls das gemeinsame Lernen ermögliche und keine Erprobungsstufe habe. Wegen der fehlenden Oberstufe sei auch eine 3-Zügigkeit der Schule möglich. Sollte ein Kind an einen Ort umziehen, an dem es keine Sekundarschule gebe, werde durch die Klassenkonferenz eine Schulformempfehlung, vergleichbar mit dem Verfahren am Ende der Grundschule, gegeben.

Die Gesamtschule sei als Schulform eine verpflichtende Ganztagschule. An der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule fände montags, donnerstags und freitags Ganztagsbe-

trieb statt, der Dienstagnachmittag sei generell frei für Konferenzen und der Mittwochnachmittag stünde für freiwillige AGs zur Verfügung.

In Bezug auf die Hauptschüler teilte er mit, dass diese selbstverständlich an der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule angemeldet werden könnten, sie erhielten aber auf Grund des vom Land vorgegebenen Auswahlverfahrens nicht automatisch einen Platz. So seien zwei Leistungstöpfe zu bilden und die vorhandenen Plätze gleich auf beide Töpfe zu verteilen. Die Hauptschüler wären dem Lostopf zwei zuzuordnen, der ohnehin bereits immer größer sei als der andere Topf. Ein Platz könne für diese Schüler daher nicht garantiert werden. Anders sähe dies höchstwahrscheinlich bei einer Erweiterung aus. Hätte es bereits in den letzten beiden Jahren sechs Eingangsklassen gegeben, hätten alle Anmeldungen berücksichtigt werden können und es sei kein Auswahlverfahren erforderlich gewesen.

Herr Pauli ging zunächst auf die Anmerkung von Herrn Benden ein, und wies darauf hin, dass die Realschule sehr wohl eine Förderung für ihre Schüler anbieten würde. Auf dessen Nachfrage, dass dies aber keine differenzierte Förderung sei, erwiderte er, dass die Realschule nicht starke und schwache Schüler in unterschiedliche Kurse einteile sondern die Schüler individuell fördere. Er berichtete weiter, dass im Rahmen der Erprobungsphase alles versucht werde, um die Kinder auf die Anforderungen der Realschule vorzubereiten. Er bestätigte, dass das System einer Aufbaurealschule weiter existiere, zudem gebe es aber auch das Landesprogramm „Komm mit“, welches einen Verbleib aller Schüler an der Schule zum Ziel habe. Stadtverordneter Benden warf ein, dass es trotz allem Schüler geben werde, die zu schwach für die Realschule seien. Darauf entgegnete Herr Pauli, mit der Teilnahme am Landesprogramm sei eine Realschule verpflichtet, alle Schüler auch nach der Erprobungsphase zu beschulen.

Er berichtete weiter, dass die Realschule ebenfalls alle Abschlüsse der Sekundarstufe I anbiete, etwa 50 % der Schüler würden den mittleren Schulabschluss (Fachoberschulreife) mit Qualifikation für die Oberstufe erhalten. Es bestehe eine Kooperation mit der Gesamtschule zur Aufnahme in die Oberstufe, zudem nehme das Gymnasium St. Ursula aber auch Schüler auf. Er erwähnte, dass unter den besten 10 Schülern des letzten Entlassjahrgangs von St. Ursula drei ehemalige Schüler der Realschule Geilenkirchen waren. Der Leistungsdruck für Schüler sei je nach Alter und Schulform recht hoch, teilweise kämen Eltern mit dem Wunsch nach einem Wechsel zur Realschule, um ihren Kindern wieder mehr Freizeit zu ermöglichen.

Englisch werde ab der 5. Klasse gelehrt, eine Differenzierung erfolge in den Schuljahren 7 mit der Wahl der zweiten Fremdsprache und in der Klasse 9, wo über Ergänzungsstunden Angebote im musisch/künstlerischen, sportlichen oder sozialen Bereich bestehen. Er verwies darauf, dass die Realschule nachweislich die Schule des sozialen Aufstiegs sei.

Unterrichtet werde nach den Kernlehrplänen, ein Wechsel in andere Schulsysteme sei möglich. Oftmals sei es sogar so, dass Eltern trotz einer Empfehlung für das Gymnasium die Realschule wählen und die Kinder in der Oberstufe dann wechseln. Die Realschule habe durch ihre gute Arbeit bewiesen, dass sie eine Existenzberechtigung habe.

Die Realschule sei eine Halbtagschule, biete aber einen offenen Ganztags an. Dieses Angebot habe sich sehr gut entwickelt und gliedere sich in Lern- und Freizeitbereiche. Es stehe den Eltern offen, ob sie ein Mittagessen mitgäben, die Kinder in der Schule verpflegt würden oder zu Hause essen.

Beigeordneter Brunen ergänzte neben den Ausführungen der beiden Schulleiter zur Sekundarschule noch, dass diese im Wesentlichen mit den Klassen 5-10 der Gesamtschule vergleichbar sei. Er verwies darauf, dass es aber noch keine Ausführungsbestimmungen gebe, da das Gesetz erst vor einer Woche in Kraft getreten sei.

Ausschussmitglied Dr. Plum regte an, den Schwerpunkt der Diskussion von der Schulform weg hin zu den Kindern zu lenken. Kinder, die heute die Empfehlung für die Hauptschule bekämen, hätten bereits genügend Schwierigkeiten, es müsse ermöglicht werden, dass diese in der Gesamtschule beschult werden können. Die Realschule habe innerhalb ihrer Möglichkeiten differenziert gefördert, aber jetzt kämen Schüler mit ganz intensiven Anforderungen auf sie zu. Die Meßlatte, zu sagen, es „kommen alle mit“, läge sehr hoch.

Ausschussmitglied Dr. Leon zeigte sich überrascht, wie ruhig es in der Stadt sei, er hätte mehr Protest in dieser Sache erwartet. Er kritisierte, dass man vor dem Hintergrund einer völligen Neuordnung der Schullandschaft den Eltern mit dem vorliegenden Fragebogen nur eine Woche Zeit gebe sich zu entscheiden. Die Eltern würden mehr Zeit benötigen um sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen und sich zu informieren.

Beigeordneter Brunen erwiderte, dass die Verwaltung erst die heutige Beratung habe abwarten wollen. Es sei im Übrigen schon bei der letzten Ratssitzung vorgeschlagen worden, ab dem 20. Oktober eine Elternbefragung durchzuführen. Die Mehrheit des Rates sei dieser Empfehlung aber nicht gefolgt und hätte einen anderen Beschluss gefasst.

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring ergänzte, dass der Antrag für die Einrichtung einer Sekundarschule für das kommende Schuljahr bis zum 31.12. gestellt werden müsste, und man auf Grund dieser Vorgabe einen zeitlichen Druck habe.

Bürgermeister Fiedler verwies ebenfalls noch einmal auf diesen Aspekt, zudem sei man auf Grund der Entscheidungen in Gangelt und Selfkant zu Reaktionen gezwungen. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung müsse man sich die Frage stellen, welche Schulformen bei sinkenden Schülerzahlen auch in Zukunft noch Bestand haben könnten. Im Jahr 2016/2017 werde es so aussehen, dass überall um Geilenkirchen herum ausreichend Schulangebote vorhanden sein werden. Zieht man nun die Anmeldezahlen der Grundschulen heran, so stehen im Jahr 2017 229 Schüler in Geilenkirchen vor dem Eintritt in die Klasse 5, bei einer Klassenstärke von 25 Schülern könne man rechnerisch 9,16 Klassen bilden. Dafür stünden dann an der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule 4 Klassen und an einer möglichen Sekundarschule 3 Klassen zur Verfügung. Für das Gymnasium St. Ursula blieben dann 2,16 Klassen über, es biete aber 5 Klassen an. Signalisierten im Rahmen der Befragung nun mehr als 55 Eltern, dass sie das Gymnasium für ihr Kind bevorzugten, dann würden Anmeldungen an den anderen Schulen fehlen. Allein durch die Bewertung dieser Zahlen sei die Entscheidung für eine 6-zügige Gesamtschule sinnvoll. Sollten die Schü-

lerzahlen weiter sinken, könnte diese auch unproblematisch wieder auf 5 Züge reduziert werden. Eine durchgehend 2-zügige Realschule könne hingegen auf Dauer keinen Bestand haben.

Stadtverordnete Thelen brachte ein, dass es nicht nur um die Haupt- sondern auch um die Förderschüler und die Frage gehe, wie diese künftig integriert werden könnten. Sie warf zudem die Frage auf, wer sich die Zeit genommen hätte, mit den Eltern der Haupt- und Förderschüler zu reden. Ausschussmitglied Dr. Leon warf ein, dass dies ebenso für die Eltern der Realschüler gelte. Frau Thelen entgegnete darauf, dass die Elternbefragung in der Beschlussvorlage der letzten Ratssitzung vorgesehen war, aber von der CDU-Mehrheit abgelehnt wurde.

Stadtverordneter Schumacher merkte an, dass sich der Wunsch von Herrn Benden, die Parteipolitik außen vor zu lassen, durch die Ausführungen von Frau Thelen ja bereits erledigt habe. Er äußerte weiter das Gefühl, dass die Entscheidung bereits gefallen und die Schließung der Realschule beschlossen sei. Eine Schulstadt habe nach seiner Auffassung aber die Aufgabe, ein breites Spektrum an Schulformen vorzuhalten. In Bezug auf den Fragebogen äußerte er den Wunsch, den Eltern mehr Informationen zur Verfügung zu stellen. Die von Herrn Böken und Herrn Pauli beantworteten Fragen würden z.B. eine gute Entscheidungshilfe darstellen. Er appellierte, sich insgesamt mehr Zeit mit einer Entscheidung zu lassen.

Herr Pauli ging auf das angesprochene Thema Inklusion ein, im Einzelfall sei genau zu prüfen, ob der Elternwille auch umsetzbar sei. Es gebe gewisse Einschränkungen, die eine Beschulung an einer besonderen Schule erforderlich machten. Schüler mit Hör- oder Sehbehinderungen können hingegen schon immer an Regelschulen beschult werden. Die Schülerzahlen durch Inklusion nach oben zu treiben halte er aber nicht für realistisch. Es werde sicherlich aber zu einer Ausweitung der bereits bestehenden Kooperationen mit den Kompetenzzentren wie z.B. der Mercator-Schule oder der Janusz-Korczak-Schule kommen, z.B. durch eine Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts.

Herr Böken ergänzte, dass dies im Wesentlichen auch für die Gesamtschule gelte. Die Inklusion mit dem Ziel einer differenzierten Förderung sei ein Prozess, der neu in Gang gesetzt werden müsse. Dabei könne man kein Konzept überstülpen sondern muss die Kollegien an den Schulen davon überzeugen. Dies bedeute viel Arbeit und funktioniere nicht von heute auf morgen, auch im Bereich der Schulgebäude müssten z.B. noch Anpassungen für Körperbehinderte vorgenommen werden. Er persönlich wolle aber die Inklusion auf Grund seiner eigenen familiären Erfahrung vorantreiben, die Anita-Lichtenstein-Gesamtschule werde sich weiter intensiv mit dem Thema auseinandersetzen.

Stadtverordneter Benden wiederholte seine Bitte an die Verwaltung, die Zahl der Förderschüler zu ermitteln und noch mitzuteilen.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Henßen teilte Herr Böken mit, dass bei 108 Anmeldungen von Schülern aus Geilenkirchen im letzten Jahr 85 aufgenommen werden konnten, der Rest musste abgewiesen werden. Die übrigen Aufnahmen stammten aus Heinsberg (5 Aufnahmen, 12 Anmeldungen), Selfkant/Gangelt (25/35) und sonstigen Gemeinden (6/11). Ausschussvorsitzender Dr. Möhring wies darauf

hin, dass die Anmeldezahlen sich bereits durch die neue Gesamtschule in Hückelhoven reduziert hätten und künftig auch keine Schüler aus Gangelt/Selfkant mehr kämen.

Stadtverordneter Gerads merkte zur Sorge von Herrn Benden, dass die Inklusion nicht angenommen werde, an, dass diese in Grundschulen bereits stattfände. Es gebe beispielsweise schon gemeinsamen Unterricht mit den Lehrern der Förderschulen. Der Bedarf würde so auch automatisch in den weiterführenden Schulen entstehen. Herr Böken bemerkte, dass der Einsatz von Lehren allein aber nicht genüge, es müsse auch ein Konzept dahinter stehen. Stadtverordnete Thelen ergänzte, dass gerade die Hauptschule bisher viele dieser Kinder aufgenommen hätte und man für das nächste Jahr eine andere Lösung benötige.

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring stellte fest, dass Konsens bestehe, wegen der ausstehenden Elternbefragung heute keinen Beschluss zu fassen. Er schlug weiter vor, den Fragebogen und die beigefügten Informationen so zu belassen und stattdessen eine Informationsveranstaltung anzubieten. Mehr schriftliche Informationen könnten abschreckend wirken. Stadtverordneter Benden regte an, dass dann auch eine mögliche Schulform Sekundarschule vertreten sein müsste, z.B. durch einen Mitarbeiter der Bezirksregierung.

Bürgermeister Fiedler stellte auf einen Einwurf von Stadtverordnetem Kohnen fest, dass eine Elternbefragung zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnlos sei. Einen Termin für eine Informationsveranstaltung könne man kurzfristig noch über die Schulen mitteilen. Er zeigte sich zudem verwundert über die Diskussion. Schließlich stelle man den Eltern keine Frage, die sie sich nicht ohnehin stellen müssten. Es müsse zudem möglich sein, dass jeder, der sich für das Thema interessiere, bis zum 07. Dezember eine Rückmeldung gebe und eine Informationsveranstaltung besuche.

Stadtverordneter Benden stellte klar, dass der Fragebogen in Ordnung sei, aber der Termin der Informationsveranstaltung gehöre mit in das Anschreiben, sonst würden Eltern teilweise schon Bögen zurückgeben bevor sie von der Informationsveranstaltung erfahren. Stadtverordneter Jansen ergänzte, dass es sicherlich für die Verwaltung auch möglich sei, die Frist etwas zu verlängern, und trotzdem noch Zeit für die Auswertung bis zur Ratssitzung zu haben.

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring ließ anschließend über die geänderte Vorgehensweise abstimmen. Die Sitzung wurde anschließend für 10 Minuten unterbrochen.

Nach Fortsetzung der Sitzung um 20.10 Uhr bat Ausschussvorsitzender Dr. Möhring zunächst die Verwaltung, allen Ratsmitgliedern das Schreiben an die Eltern sowie eine Zusammenfassung der Informationen von Herrn Böken und Herrn Pauli zukommen zu lassen. Beigeordneter Brunen teilte mit, dass man in der Pause einen Termin für die Informationsveranstaltung abgestimmt habe und diese am 05. Dezember im Berufskolleg stattfinden könnte.

Beschluss:

Die Verwaltung prüft eine Verlängerung der Frist für die Rücksendung der Fragebögen und wird im Anschreiben an die Eltern auf die Informationsveranstaltung hinweisen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	1

TOP 4 Bekanntgabe der Schüleranmeldezahlen für die Eingangsklassen der städtischen Grundschulen zum Schuljahr 2012/2013 Vorlage: 444/2011

Beigeordneter Brunen teilte noch mit, dass es bei den Anmeldungen noch kleinere Veränderungen seit der Einladung gegeben hätte. So lägen an der KGS Geilenkirchen nun 85 statt 81 Anmeldungen vor, an der GGS Geilenkirchen 43 statt 42 und an der GGS Gillrath 21 statt 19. Insgesamt gebe es somit 236 Anmeldungen.

TOP 5 Einrichtung einer Gesamtschule in den Gemeinden Gangelt und Selfkant Vorlage: 446/2011

Beigeordneter Brunen führte dazu aus, dass als Konsequenz für die Entscheidung zur Gründung einer Gesamtschule die dortigen Hauptschulen und die Realschule ausliefen. Eine Elternbefragung habe ergeben, dass sich bei den Schülern der jetzigen 4. Klassen 130 und bei den jetzigen 3. Klassen 150 für eine Gesamtschule interessieren. Die Mindestanmeldezahl läge bei 100, es sei somit mehr als wahrscheinlich, dass diese erreicht würde, die Schule könnte ggf. sogar 5-6 zügig fahren.

Stadtverordneter Kassel erkundigte sich danach, ob durch die Planungen sichergestellt sei, dass die bisherigen Schüler der Hauptschulen und der Realschule versorgt seien. Beigeordneter Brunen führte dazu aus, dass die Stadt Geilenkirchen nicht mehr verpflichtet sei, Schüler aus dem Bereich Gangelt/Selfkant aufzunehmen, da es dort dann eine eigene Gesamtschule gebe. Dies gelte nur, wenn eine Schulform am Wohnort nicht angeboten werde. Die derzeitigen Haupt- und Realschüler werden bis zu ihrem Abschluss an den dortigen Schulen weiter beschult.

Stadtverordnete Tings warf ein, dass sich daraus ggf. doch eine Perspektive für eine 3-zügige Realschule ergeben könnte, wenn Schüler aus Gangelt/Selfkant dann die Realschule in Geilenkirchen besuchen möchten und eine Verpflichtung bestehe, die-

se aufzunehmen. Dazu wollte Stadtverordneter Benden wissen, wer die Kosten dafür trage.

Beigeordneter Brunen führte aus, dass der Schulträger grundsätzlich die Kosten, auch die Schülerfahrtkosten trage, wenn es am Wohnort keine entsprechende Schule gebe, sonst nur die Fahrtkosten zur nächstgelegenen Schule. Wenn man also Schüler aus dem Bereich aufnehme, würde die Stadt Geilenkirchen diese Kosten tragen.

TOP 6 Verschiedenes

Zum Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

Die Sitzung endete um 20.20 Uhr.

Vorsitzender:



Dr. Joachim Möhring

Schriftführer:

Christoph Nilles